

Kurzbericht

– öffentlicher Teil –

35. Sitzung – Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
65. Sitzung – Sozial- und Integrationspolitischer Ausschuss
23. November 2021, 8:43 bis 10:08 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Moritz Promny (Freie Demokraten)

CDU

Sabine Bächle-Scholz
Dr. Ralf-Norbert Bartelt
Sandra Funken
Andreas Hofmeister
Petra Müller-Klepper
Claudia Ravensburg
Michael Reul
Frank Steinraths
Max Schad
Ismail Tipi

SPD

Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Christoph Degen
Lisa Gnadl
Gernot Grumbach
Dr. Daniela Sommer
Turgut Yüksel

Freie Demokraten

Lisa Deißler
Moritz Promny

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kathrin Anders
Marcus Bocklet
Nina Eisenhardt
Felix Martin
Daniel May

AfD

Arno Enners
Volker Richter

DIE LINKE

Christiane Böhm
Elisabeth Kula
Jan Schalauske

Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU: Philipp Breiner
 Dr. Carla Thiel
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Inga Winterberg
 SPD: Anja Kornau
 Bettina Kaltenborn
 AfD: Dr. Wolfgang Heinrich
 Jan Feser
 Dagmar Tröger
 Freie Demokraten: Kristina Kämpfer
 DIE LINKE: Nicole Eggers
 Thomas Völker

Landesregierung, Rechnungshof, etc.

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Miniam Dold	M3.4	HMWK
Marina Zahn	RR'in	HMSI
Angela Jahn	Min	HMWK
Kai Klose	Min	HMSI
BÖHMER, ROMAN	Referent V6c HMSI	HMSI

Sonja Wirtz

RORin

HMWK

Protokollführung: Maximilian Sadkowiak, Stefan Ernst

Inhaltsverzeichnis

- 1. Dringlicher Berichtsantrag
Christiane Böhm (DIE LINKE), Elisabeth Kula (DIE LINKE)
und Fraktion
Personalsituation in den hessischen Unikliniken** **S. 4**

1. **Dringlicher Berichts Antrag**
Christiane Böhm (DIE LINKE), Elisabeth Kula (DIE LINKE)
und Fraktion
Personalsituation in den hessischen Unikliniken
– Drucks. [20/6658](#) –

SIA, WKA

(geht voran: nicht öffentlicher Sitzungsteil zu Tagesordnungspunkt 1)

Abg. **Elisabeth Kula** merkt an, der Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit habe definitiv im Text gestanden, insofern halte sie das jetzige Vorgehen für nicht ideal.

Gleichwohl stelle sie fest, dass sich trotz der Schilderung der Ministerin für die Beschäftigten am UKF nicht so viel verbessert habe. Zwar habe die Ministerin die Übernahme des Schockraums durch andere Kolleginnen und Kollegen erwähnt, dennoch werde beim Auftreten von Schwerstereignissen Personal für den Schockraum von den Intensivstationen abgezogen. Leider habe Personal nur von 7 Uhr bis 15 Uhr abgegeben werden können. Dabei sei in den Zeiten davor und danach besonders wenig Personal vorhanden, sodass sich durch das Abziehen von Personal besonders dramatische Situationen ergeben könnten.

Die Ministerin habe die Bildung einer Arbeitsgruppe auf der Ebene der Intensivpflege angesprochen. Allerdings sei der Personalrat in diese Arbeitsgruppe nicht einbezogen worden. Die Abgeordnete frage sich auch, wie die Auswahl der beteiligten Beschäftigten zustande gekommen sei.

Nach Informationen ihrer Fraktion sei die Mediation bzw. Supervision im letzten Winter außerhalb der Dienstzeit angeboten worden. Sie, Abg. Kula, halte diese Zeiten für Menschen mit wenig Freizeit nicht für besonders attraktiv und bitte die Ministerin, dem nachzugehen.

Die Betreuungsrelation betrage weiterhin in den meisten Fällen 1 : 3. Sie werde sich absehbar durch die zunehmende Zahl von ECMO-Patienten auf den Intensivstationen verschlechtern, da diese eine Betreuung 1 : 1 benötigten. Dies zeitige negative Folgen für die dortigen Beschäftigten; insofern weise sie auf die Unterschriftensammlung hin, bei der 140 der 200 Beschäftigten auf der Intensivstation unterschrieben hätten, was sie vor dem Hintergrund des hohen Berufsethos für bemerkenswert viel halte. Dies zeige die Dramatik der Situation auf der Intensivstation am UKF. Sie wolle von der Ministerin erfahren, wie sie die Situation einschätze und welche Schritte sie sich zur Verbesserung der Personalsituation am UKF vorstellen könne.

Zum UKGM wolle sie erfahren, welche Gründe existierten, Art. 15 Grundgesetz dort nicht anzuwenden.

Abg. **Felix Martin** kommt auf das Angebot des Ministers zu den genannten Verbesserungen für die Beschäftigten am UKGM und zur Erhöhung auf 36 Vollzeitstellen (Frage 3) zurück und bittet ihn um nähere Darlegungen zur bisherigen Situation.

Abg. **Lisa Deißler** fragt zur Übernahmeverpflichtung für Pflegeschüler am UKGM nach, ob überhaupt alle Stellen für Auszubildende besetzt werden könnten, ob jeder Auszubildende es schaffe, die Prüfung abzulegen, oder ob die erfolgreichen Prüflinge vielleicht nicht die vorhandenen Ansprüche erfüllten. Sie bitte um nähere Informationen zur konkreten Situation im Ausbildungsbetrieb.

Weiterhin wolle sie zum Stellenplan des UKGM zum bereits erwähnten Aufwuchs auf 36 Stellen erfahren, wie viele Stelle in welchen Bereichen offen seien.

Alle Unikliniken seien unterfinanziert, so Abg. **Christiane Böhm**. Daher interessiere sie, wie im Rahmen der hessischen Haushaltsgesetzgebung deren Situation deutlich verbessert werden könne. Lediglich der Hinweis, man warte auf eine bundesweite Lösung, verfange nicht.

Sie interessiere Näheres zu den Kapazitätsproblemen bei der Ausbildung von Lehrpersonal.

In der Sitzung am letzten Montag sei zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen gesagt worden, dass die Situation in Hessen prekär sei, zumal nur einmal pro Jahr eine anspruchsvolle Prüfung abgenommen werde. Bei Nichtbestehen könne man im Folgejahr einen Wiederholungsversuch unternehmen. Auch wenn sich Kandidaten bemühten, ihre Unterlagen beim Regierungspräsidium abzugeben, würden diese mitunter nicht angenommen. Auch komme es zu Verzögerungen. Darüber hinaus würden Schwierigkeiten gemacht. „Noch nicht so gut“ bedeute für sie „sehr, sehr schlecht“. Sie frage nach, welche Schritte das Ministerium gehe, um die Situation grundsätzlich zu verbessern.

Sie spreche den Pflegekräften ihren Dank aus, dass sie trotz der Belastung deutlich machten, in welcher Situation sie sich befänden, bevor sie aus dem Beruf ausschieden. Man müsse mit dem Ausscheiden von immer mehr Personen rechnen, die den Druck nicht ertrügen, die weinend nach der Arbeit zu Hause säßen und nur schlecht abschalten könnten. Die Hilferufe müssten aus ihrer Sicht zu wesentlich mehr Aufruhr führen, als sie heute habe hier vernehmen können.

Ministerin **Angela Dorn** antwortet, der Berufsethos des Pflegepersonals sei enorm stark ausgeprägt. Auch die Belastung stelle sich nach den Gesprächen, die sie und Vertreter*innen des Ministeriums führten, ebenfalls enorm dar. Was die Pflegekräfte in der Pandemie leisteten, könne kaum mit Dankbarkeit aufgewogen werden. Was seit zwei Jahren in den Krankenhäusern und in den Universitätskliniken, die besonders viele Corona-Patient*innen betreuten, geleistet werde, sei der Wahnsinn.

Es geht darum, die Welle zu brechen und die Pandemie einzudämmen. Entlang dieses Ziels werde auch im Hessischen Landtag diskutiert. Neben der Aufregung über die Situation benötige man Lösungen, über die sie bislang nichts vernommen habe. Bei einem bundesweiten Pflegemangel müsse man fragen, was man in der akuten Krise konkret tun könne. Insofern zeige sie sich gespannt auf die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE, die mehrfach geäußert habe, dass Zuhören allein ebenso wenig wie die bislang ergriffenen Maßnahmen reiche. In der akuten Situation könne niemand zaubern. Insofern müsse man ehrlich miteinander umgehen. Sie sei immer offen, über konkrete Ideen zu reden.

Sie sage nochmals zu, Erkundigungen einzuholen, wann und wie die Supervision stattgefunden habe.

Zu Frage 3 unterstreicht sie, dass gemäß der Zusage die Zahl der Vollzeitstellen auf 36 angehoben werde. Der Soll-Stellenplan habe zum Zeitpunkt des Schreibens der Assistenzärzte 34 Vollzeitstellen vorgesehen. Zum 30. September 2021 seien 31,8 von 34 Vollzeitstellen besetzt gewesen. Die bereits erfolgten Einstellungen würden zu einer Besetzung von 33 Vollzeitstellen im Dezember führen.

Zur Frage nach der Übernahme von Auszubildenden weise sie auf die herrschende hohe Fluktuation hin. Daher könne das Problem nicht allein mit Auszubildenden gelöst werden. Zwar könnten sich durchaus noch mehr Personen bewerben, um dem herrschenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, für das größte Problem halte sie jedoch den Ausgleich. Falls eine Übernahme von Auszubildenden im Pflegebereich nach Abschluss der Ausbildung nicht stattfinde, stelle sie in Aussicht, Klinikleitungen persönlichen anzufragen und nachzufragen, was dort los sei. Eine Übernahme von Auszubildenden im Pflegebereich finde in allen Kliniken statt, bei Übernahmen von Auszubildenden in allen Bereichen der Klinik stelle sich die Situation anders dar. Sie stelle in Aussicht, die aktuellen Zahlen zu Kapazität und Besetzung nachzureichen.

Zu den rechtlichen Schwierigkeiten zur Anwendung von Art. 15 Grundgesetz legt sie dar, dass die Übernahme von Wirtschaftsbetrieben in der rechtswissenschaftlichen Literatur – anders als im Gutachten – als durchaus strittig bewertet werde. Bislang habe es mangels Fällen auch keine Gerichtsurteile gegeben. Gefragt werden müsse, wie die Formulierung im Grundgesetz vor dem damaligen Hintergrund zu verstehen sei. Einige führten an, dass es damals um die Schlüsselindustrien gegangen sei. Andere gelangten zu anderen Einschätzungen.

Neben den juristischen Fragestellungen habe sie immer wieder Darlegungen zu faktischen Hürden gemacht – zuletzt in der Plenardebatte. Der Vorschlag der Vergesellschaftung stelle aus ihrer Sicht eine Kriegserklärung an den größten deutschen Gesundheitskonzern dar. Sie nehme gerade wahr, dass vonseiten der LINKEN jetzt genickt werde, was deren Absicht bestätige. Sie halte dies jedoch weder für zielführend noch für den Lösungsweg, um den Beschäftigten am UKGM zu helfen. Sie beschreite stattdessen den Weg der Verhandlungen, die schwer genug zu bewältigen seien.

Minister **Kai Klose** wiederholt, in Fragen der Anerkennungen von Approbation müsse Hessen noch besser werden. „Noch nicht so gut“ in diesem Zusammenhang heiße „nicht prekär“. Er bitte insofern um stärkere Differenzierung.

Er weist darauf hin, dass die Betriebskostenfinanzierung komplett durch den Bund geregelt werde. Er sei sehr dafür, das DRG-System zu überprüfen. Mindestens halte er es für absolut notwendig, die Kinder- und Jugendmedizin aus dem DRG-System zu lösen. Er hoffe, dass die neue Bundesregierung das System grundsätzlich überprüfe.

Bei der Regelung neuer Ausgleichszahlungen habe die Landesregierung zugunsten der Uniklinika Einfluss genommen. Die Freihaltepauschalen aus dem letzten Jahr seien nicht zielführend gewesen. Die Konferenz der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister habe darauf hingewirkt, notwendige neue Ausgleichszahlungen an die Versorgung von COVID-19-Patientinnen und -Patienten zu koppeln. Im sehr erfolgreichen System der koordinierenden und kooperierenden Krankenhäuser werde dies im Wesentlichen von den Maximalversorgern, also von den beiden Uniklinika in Hessen, geleistet.

Beschluss:

WKA 20/35 – SIA 20/65 – 23.11.2021

Der Dringliche Berichtsantrag gilt mit der Entgegennahme der mündlichen Berichte der Ministerin für Wissenschaft und Kunst sowie des Ministers für Soziales und Integration in gemeinsamer Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst sowie des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses als erledigt.

(einvernehmlich)

Wiesbaden, 20. Dezember 2021

Protokollführung:

Vorsitz WKA:

Vorsitz SIA:

Stefan Ernst

Daniel May

Moritz Promny